



Borbecker Aufruf

Die NPD plant in Zusammenarbeit mit sogenannten freien Kameradschaftsgruppen eine Kundgebung in Borbeck am 21. April 2007.

Wir wissen, welch unendliches Leid die nationalsozialistische Gewaltherrschaft gebracht hat. Sollten Neo-Nazis bei uns wieder ihre menschenverachtende Propaganda verbreiten, darf das nicht unwidersprochen bleiben.

Wir appellieren an die Verantwortlichen in Polizei und Verwaltung, alle rechtlichen Möglichkeiten auszuschöpfen, um diesen Aufmarsch zu verhindern.

Deshalb erklären wir:

Die NPD und ihre Anhänger sind in Borbeck unerwünscht!

Essen stellt sich quer



Kundgebung und Demonstration gegen den NPD-Aufmarsch in Essen-Borbeck

**Samstag, 21. April 2007, 10.00 Uhr,
Borbecker Platz (Alter Markt)**

Es sprechen Vertreter/innen aus Gewerkschaften, Kirchen und anderen Einrichtungen des öffentlichen Lebens.

Aus dem Ratsbeschluss der Stadt Essen, 28.03.2007:

- Der Rat der Stadt Essen spricht sich entschieden gegen eine Demonstration der NPD in Essen aus.
 - Er appelliert an die genehmigenden Behörden und Gerichte, alles rechtlich Mögliche zu unternehmen, um die Demonstration zu verhindern.
 - Der Rat fordert alle Essener Einwohnerinnen und Einwohner auf, sich gegen die geplante Demonstration zu wehren.
- Der Rat der Stadt Essen bekräftigt diese Grundsätze und unterstreicht damit die Kontinuität in seiner entschiedenen Zurückweisung rechtsextremistischer Tendenzen.

Runder Tisch für Menschenrechte, gegen Rassismus und Rechtsradikalismus.

Die Aktion wird u.a. unterstützt von: Antifaschistisches Forum, AUF, Bezirksschüler/innenvertretung Essen, Bündnis 90/Grüne, Deutscher Gewerkschaftsbund (DGB) Essen, Die Linke.PDS, DIDF, DKP, Essener Friedensforum, Evangelische und Katholische Kirche Essen, Jusos, SJD-Die Falken, Pro Asyl/Flüchtlingsrat, SPD, VVN-BdA. V.i.S.d.P.: Rainer Sonntag, c/o Anti-Rassismus-Telefon, Maxstr. 11, 45127 Essen.